



Online-Presskonferenz Soziales Netz Bayern

„Corona – Bayern gemeinsam stärken“

12. November 2020, München

Statement Dr. Verena Di Pasquale, stv. Vorsitzende DGB Bayern

es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist: Donnerstag, 12. November 2020, 12.00 Uhr

Anrede,

auch von meiner Seite dürfen wir Sie ganz herzlich bei unserer heutigen Online-Pressekonferenz begrüßen.

Wir hatten soeben einen Austausch der Spitzen des „Sozialen Netz Bayern“, um über unsere derzeitigen Beobachtungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zu beraten. Das SNB ist ein breites Bündnis, welches mittlerweile seit mehr als 16 Jahren existiert und immer wieder versucht, Impulse für ein soziales Bayern zu setzen.

Begonnen hat alles im Juni 2004, als der DGB Bayern die Kirchen, Wohlfahrts-, Sozial- und Familienverbände eingeladen hat, um gemeinsam über den voranschreitenden Sozialabbau forciert durch die „Hartz IV“-Reform zu beraten. Näheres zu unserem breiten Bündnis aus 16 Mitgliedsorganisationen finden Sie in der Online-Pressemappe.

===

„Corona – Bayern gemeinsam stärken“ ist der Titel unserer gemeinsamen Erklärung, die wir Ihnen heute vorstellen.

Die noch immer andauernde Corona-Pandemie hat unser aller Leben verändert.

Kurzarbeit und Verdienstaufschläge, Arbeitslosigkeit wie auch der Wegfall von Betreuungsangeboten für Kinder und pflegebedürftige Angehörige wirken tief in unser Alltagsleben hinein und stellen häufig eine enorme Belastung dar.

Das gilt ebenso für Kinderbetreuung und Homeschooling am besten noch bei gleichzeitigem Homeoffice und dann noch auf engstem Raum. Auch Überstunden und Arbeitsverdichtung belasten stark – denken Sie etwa an die Intensivpflegerinnen und -pfleger in den Krankenhäusern oder die Beschäftigten in Supermärkten oder bei den Paketlieferdiensten.

Als Soziales Netz Bayern ist es uns wichtig, dass Maßnahmen ergriffen werden, um die tiefen Gräben in der Gesellschaft nicht noch größer werden zu lassen.

Es muss jetzt vor allem darum gehen, den Menschen in einer Zeit der wirtschaftlichen wie privaten Krisen Sicherheit zu bieten. Hier sind die politischen Entscheidungsträger gefordert.

Wir sind davon überzeugt, dass uns die bereits sichtbaren Auswirkungen der Krise dazu zwingen, über mehr soziale Gerechtigkeit für unsere Gesellschaft nachzudenken.

Krisenzeiten erfordern es nach- und umzudenken. Ein Weitermachen wie bisher wäre der falsche Weg.

Bereits heute ist sichtbar, dass die Corona-Pandemie die soziale Ungleichheit vergrößert.

Erhebungen, wie etwa der Hans-Böckler-Stiftung, zeigen dies: Von Einkommensverlusten sind überdurchschnittlich oft Menschen betroffen, die schon zuvor eine schwächere Position auf dem Arbeitsmarkt hatten.

So haben z.B. Personen mit Migrationshintergrund bislang häufiger Einkommen eingebüßt als Personen ohne Zuwanderungsgeschichte.

Erwerbstätige mit ohnehin niedrigen Einkommen sind stärker betroffen als solche, die bereits vor der Pandemie mehr Geld zur Verfügung hatten.

Auch wer in einem atypischen oder prekären Job arbeitet, etwa als Leiharbeiter oder Minijobberin, hat im Zuge der Krise häufiger Einkommen verloren als stabil Beschäftigte. Gerade die Menschen, die in Minijobs arbeiten, wurden am schnellsten entlassen.

Ebenso sind Eltern öfter mit Einkommensverlusten konfrontiert als Kinderlose.

Für uns als Organisationen des Sozialen Netz ist klar: Unsicherheit, Abstiegs- und Zukunftsängste dürfen keinen Nährboden für Rechtspopulisten und Verschwörungsfanatiker bilden.

Dass unsere Sorge nicht unbegründet ist, zeigen erste Befragungen. Personen, die durch Einkommensverluste belastet sind, beurteilen die politische und soziale Situation in Deutschland insgesamt deutlich kritischer.

Und sie zeigen sich im Durchschnitt empfänglicher für Verschwörungsmythen zur Pandemie. Hier muss dringend gegengesteuert werden, um den sozialen und demokratischen Zusammenhalt zu stärken.

Im Sozialen Netz Bayern besteht daher Einigkeit: Die Arbeitsbedingungen vieler Berufsgruppen – gerade auch in systemrelevanten Bereichen – müssen dringend verbessert werden.

Und auch die Entlohnung muss sich in diesen Bereichen deutlich verbessern. Applaus alleine reicht weder heute noch später, wenn es um die Sicherheit im Alter durch eine gute Rente geht.

Mehr als 70 Prozent der Beschäftigten in systemrelevanten Berufen sind weiblich – sie sind besonders betroffen vom sich ausbreitenden Niedriglohnsektor und von prekärer Beschäftigung.

Vorrangig sind es in den aktuellen Pandemiezeiten obendrein noch die Frauen, die sich um die Kinderbetreuung oder die Pflege der Angehörigen kümmern. Schon vorher bestehende Rollenmuster bei der Arbeitsteilung zu Hause setzen sich in vielen Familien wieder durch und drohen sich nochmal mehr zu verfestigen. Eine Rückwärtsrolle in der Gleichstellung gilt es unbedingt zu verhindern! Dabei hilft beispielsweise mehr Mitbestimmung über die Lage und Dauer der Arbeitszeit. Klar ist: Frauen dürfen nicht die Verliererinnen der Corona-Krise sein.

Zudem muss eine weiter steigende Lohnspreizung zwischen hohen und niedrigen Einkommen gestoppt werden, beispielsweise durch eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns. Als Gewerkschaften treten wir hier zudem für eine stärkere Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen sowie ein bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz ein.

Die genannten Einkommensverluste zeigen aber auch deutlich, dass die bisherigen Regelungen etwa zum Kurzarbeitergeld teils zu kurz greifen.

Wir haben als Gewerkschaften die schrittweise Anhebung des Kurzarbeitergeldes während der Bezugsdauer vorangetrieben und die Umsetzung begrüßt. Selbstverständlich ist dies eine Verbesserung.

Dennoch bleibt es dabei, dass es gerade Menschen mit einem ohnehin schon niedrigen Einkommen bei Kürzungen auf 60 Prozent besonders hart trifft. Denn diese Menschen haben tendenziell auch wenig bis keine Rücklagen.

Wir sehen als Soziales Netz Bayern die steigenden Beratungszahlen in der Schuldnerberatung. Wir sehen die Schlangen bei Einrichtungen wie der Tafeln. Diese Pandemie legt die soziale Schieflage in unserer Gesellschaft nicht nur ganz deutlich offen, sondern verstärkt sie auch noch. Deshalb geht es gerade jetzt darum, hier substantiell nachzubessern.

Gerade in der aktuellen Krisensituation zeigt sich, wie wichtig die sozialen Sicherungssysteme für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind. Es sind die Sozialversicherungen, zuerst die Arbeitslosenversicherung und die Krankenversicherung, aber auch die Rentenversicherung, die jetzt zwischen den Menschen und ihrer Existenzangst stehen. Sie bieten Schutz, den es unbedingt zu erhalten gilt. Die Lücken, die in den vergangenen Jahren gerissen wurden, müssen wieder geschlossen und damit die Leistungen ausgebaut werden. So gelingt es, den Menschen Sicherheit zu geben. Die solidarischen Sicherungssysteme auszubauen ist das Gebot der Stunde. Dies durchzusetzen, dafür setzen wir uns ein!